



**Organization for Security and Co-operation in Europe
The Representative on Freedom of the Media
Dunja Mijatović**

Kommuniqué 01/2015

Kommuniqué zu freier Meinungsäußerung und Medienfreiheit als Voraussetzungen für Toleranz und Nicht-Diskriminierung

Die Welt betrauert den schrecklichen terroristischen Anschlag auf das Satiremagazin Charlie Hebdo, infolgedessen 12 Menschen starben und mehrere Menschen verwundet wurden. Acht der Todesopfer waren Mitarbeiter von Charlie Hebdo: Stéphane Charbonnier alias Charb, Jean Cabut alias Cabu, Bernard Verlhac, alias Tignous, Georges Wolinski, Bernard Maris alias Oncle Bernard, Philippe Honoré alias Honoré, Elsa Cayat und Mustapha Ourrad. Dies ist der schwerwiegendste Anschlag in der OSZE-Region seit der Entstehung dieser Institution.

Ein ermutigendes Signal geht von führenden Politikern aus aller Welt sowie von Führern der großen Glaubensgemeinschaften aus, die diese brutalen und kaltblütigen Morde verurteilt haben. Schuldzusprechung reicht nicht aus. Taten sind lauter als Worte. Ich rufe alle politischen Führer auf, die Sicherheit von Journalisten zu verbessern, damit Freiheit die Oberhand behält, und somit das Andenken der Opfer zu ehren.

Die Folgerungen aus dem Runden Tisch “Freie Meinungsäußerung für Toleranz und Nicht-Diskriminierung”, den unsere Institution am 18. Dezember 2014 ausgerichtet hat, haben heute leider an Bedeutung gewonnen. Einige wesentliche Kernpunkte möchte ich hier wiederholen:

Der Raum für Diskussionen und Debatten hat nationale Grenzen überschritten und sich global ausgedehnt. Ebenso ist Sprache weiter verbreitet als je zuvor. Meinungen und Gedanken, ehemals innerhalb kleiner Gemeinschaften und im privaten Bereich geäußert, können heute innerhalb weniger Sekunden ein globales Publikum erreichen. Wir müssen die Vision von Redefreiheit als etwas Gegensätzlichem zu Intoleranz oder anderen Bedrohungen für den sozialen Zusammenhalt vermeiden. Tatsächlich wäre eine solche Trennung beiden abträglich.

Freie Meinungsäußerung und freie Medien sind wertvolle Instrumente zur Verbreitung und Diskussion verschiedenster Meinungen, Gedanken und Überzeugungen. Es gibt keinen besseren Weg, eine Vorstellung größerer Rechenschaft zu unterziehen, als sie auf breiter Flur zu diskutieren, zu hinterfragen und zu kritisieren.

In einer demokratischen Gesellschaft müssen wir damit rechnen, provoziert, gekränkt, oder sogar beleidigt zu werden. Gewalt gegenüber Andersdenkenden ist inakzeptabel. Auseinandersetzungen und öffentlicher Umgang mit anderen Ansichten stärken Pluralismus.

Mehr denn je ist es wichtig, dass Regierungen alle erdenklichen Maßnahmen ergreifen, um Unterdrückung, Drangsalierungen und Gewalttätigkeiten zu bekämpfen, die es verhindern sollen, dass Meinungen und Ideen geäußert und verbreitet werden.

Gesetzliche Herangehensweisen zum Sprachgebrauch wurden ebenfalls einem Wandel unterzogen. Nationale Gesetzgebungen haben eine Palette von Instrumenten und Maßnahmen aufgenommen, um bestimmte Formen von intoleranter oder diskriminierender Rede zu regulieren. Genauso gibt es auf internationaler Ebene eine Reihe von Regulierungen.

Dennoch kann auch die deutlichste und ausgewogenste Gesetzgebung nicht immer bestimmte Formen von intoleranter Rede verhindern. Allgemeinbegriffe wie „Hassrede“ sollten möglichst vermieden werden, da sie subjektiv und willkürlich ausgelegt werden können. Gesetzliche Maßnahmen sollten sich nicht auf die Gefühle oder Absichten bestimmter Redeformen konzentrieren, sondern auf den Schaden, den sie anrichten können. In diesem Zusammenhang sollten Verleumdung, Beleidigung und Blasphemie entkriminalisiert werden.

Diskussionen über mögliche Beschränkungen der Redefreiheit zur Bekämpfung von Intoleranz sind nahezu irrelevant geworden. In einigen Ausnahmefällen sind allerdings bestimmte Redeformen, wie etwa Aufrufe zu Gewalt oder Drangsalierung von Gruppen oder bestimmten Teilen der Gesellschaft, unzulässig.

Intolerante Rede sollte in erster Linie mit mehr Rede und Medialphabetisierung bekämpft werden. Dafür braucht es eine vielfältige, inklusive und dynamische Gesellschaft, auf nationaler ebenso wie auf internationaler Ebene. Die Medien können dies unterstützen, indem sie ethische Standards befolgen, verschiedenen Teilen der Gesellschaft eine Stimme verleihen und einen Dialog zwischen verschiedenen Gruppen herstellen.

Regierungen sollten sich zudem direkt mit verschiedenen Formen von toleranter Rede oder sogar mit solcher, die intoleranter Rede entgegenwirkt, beschäftigen. Ebenso sollten sie Voraussetzungen für pluralistische Rede und eine vielfältige Medienlandschaft schaffen, Maßnahmen einführen, die bereichernde Diskussionen ermöglichen und Emotionen dahingehend beeinflussen, dass Aggression in all ihren Ausdrucksformen verhindert wird.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen:

- Freie Meinungsäußerung und freie Medien sind Grundvoraussetzungen für die Forcierung von Toleranz und Nicht-Diskriminierung
 - Teilnehmerstaaten sollten weiterhin die Sicherheit von Journalisten verbessern und sicherstellen, dass Freiheiten sich durchsetzen.
- Teilnehmerstaaten sollten alle Angriffe untersuchen und Täter und Drahtzieher nach dem vollen Umfang der Gesetzgebung bestrafen. Angriffe auf Journalisten dürfen nicht ungestraft bleiben.
- Teilnehmerstaaten sollten davon absehen, bestimmte Formen von öffentlicher Diskussion oder bedenklicher Rede zu unterbinden, gleichgültig, worauf sie Bezug nimmt.
- Teilnehmerstaaten müssen alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen gegen jegliche Form von Unterdrückung, Drangsalierung oder Gewalt ergreifen, die die Äußerung und Verbreitungen von Meinungen und Ideen zu verhindern suchen.

- Teilnehmerstaaten sollten Beschränkungen freier Meinungsäußerung, ausschließlich aufgrund von Hass, Intoleranz oder möglicher Beleidigung, aufheben. Die Gesetzgebung sollte sich nur auf solche Redeformen konzentrieren, die direkt mit Gewalttaten, Drangsalierung oder anderen Formen inakzeptabler Handlungen gegen Gruppen oder Teile der Gesellschaft in Zusammenhang gebracht werden können.

- Intoleranz sollte in erster Linie mit Diskurs und somit auf tolerante Weise begegnet werden. Dabei sollten die Rolle von Zivilgesellschaft, Medien und internationaler Regulierungsbehörden, sowie die Wirkung von Rede, die sich gegen intolerante Rede richtet, besondere Berücksichtigung finden.

Dunja Mijatović

OSZE Vertreterin für Medienfreiheit

Wien, 8. Januar 2015